



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Frauen, Gleichstellung  
und Sicherheit -

## Tagesordnung I Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 14. Mai 2024

Vorlagen-Nr. 24-F-63-0034

### Waffenbesitzprüfungen in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 07.05.2024 -

Laut nationalen Waffenregister sind aktuell in Deutschland rund 947.000 Waffenbesitzer\*innen und fünf Millionen legale Feuerwaffen registriert.<sup>1</sup> Die Anzahl der privaten legalen und illegalen Feuerwaffen in Deutschland wird von Small Arms Survey auf 15,8 Millionen taxiert (Stand 2017).<sup>2</sup> Gemäß einer Recherche von detektor.fm wurden alle 541 Waffenbehörden Deutschlands kontaktiert. Die meisten legalen Feuerwaffen je 1.000 Einwohner\*innen sind demnach in Rheinland-Pfalz vorhanden. Hessen rangiert auf Platz fünf.<sup>3</sup>

Das Waffengesetz wurde zuletzt 2020 geändert. Die Änderung der Richtlinie erfolgte als Reaktion auf die Terroranschläge von Paris im Jahr 2015. Demnach wird u. a. das Bedürfnis für den Besitz von Waffen alle fünf Jahre überprüft und im Rahmen der Regelabfrage geprüft, ob Antragsteller\*innen bzw. Erlaubnisinhaber\*innen als Extremist\*innen bekannt sind.<sup>4</sup>

Im März 2023 gab es einen Amoklauf in Hamburg. Die Opfer wurden mit einer legalen Feuerwaffe getötet.<sup>5</sup> Anfang dieses Jahres sind bei einer mutmaßlich der Reichsbürgerszene zugerechneten Person in Mittelhessen insgesamt 13 Schusswaffen und fast 2500 Schuss Munition sichergestellt worden. Trotz des legalen Waffenbesitzes entzog die Waffenbehörde dem Mann aufgrund von Zweifeln an seiner Zuverlässigkeit seine waffen- und sprengstoffrechtlichen Erlaubnisse.<sup>6</sup> Waffenrechtliche Kontrollen haben im Kontext der Gefahrenabwehr eine bedeutende Rolle. Regelüberprüfungen nach dem Waffengesetz und Aufbewahrungskontrollen leisten einen entscheidenden Beitrag, Missstände zu identifizieren und entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

- I. zu berichten,
  - 1) wie viele Personen in Wiesbaden eine waffenrechtliche Erlaubnis zum Stichtag 21.12.23 durchgehend länger als 3 Jahre besaßen.
  - 2) wie viele Personen mit einer waffenrechtlichen Erlaubnis in den letzten 3 Jahren einer waffenrechtlichen Regelprüfung durch die Stadt Wiesbaden unterzogen wurden.
  - 3) wie die Ergebnisse der Bedürfnisprüfungen der letzten 3 Jahre ausgefallen sind.

---

<sup>1</sup> [BVA - Statistische Kennzahlen Bund](#)

<sup>2</sup> <https://www.smallarmssurvey.org/sites/default/files/resources/SAS-BP-Civilian-Firearms-Numbers.pdf>

<sup>3</sup> [Infografik: 5,4 Millionen legale Feuerwaffen | Statista](#)

<sup>4</sup> [BMI - Waffenrechtliche Regelungen in Deutschland - Drittes Waffenrechtsänderungsgesetz: Fragen & Antworten](#)

<sup>5</sup> [Infografik: Mörderische Einzeltäter | Statista](#)

<sup>6</sup> [Extremismus: Waffen bei mutmaßlichem "Reichsbürger" sichergestellt | ZEIT ONLINE](#)

- 4) ob in Wiesbaden bei der Überprüfung der waffenrechtlichen Zuverlässigkeit bei erstmaliger Erlaubniserteilung sowie bei Folgeüberprüfungen in den letzten 3 Jahren in Wiesbaden Antragsteller\*innen ermittelt wurden, die als Mitglieder verfassungsfeindlicher Vereinigungen bekannt sind. Falls ja zu berichten, um wie viele Personen es sich handelte und wie mit diesem Umstand weiter verfahren wurde.
- 5) wie die Wiesbadener Waffenbehörde Informationen über Mitglieder verfassungsfeindlicher Vereinigungen, Straftäter\*innen oder Menschen mit psychischen Erkrankungen in Waffenbesitz erhält und wie diese genutzt werden.
- 6) in wie vielen Fällen es in Wiesbaden bereits zum Einzug von Waffen und dem Entzug von Waffenbesitzkarten kam.

II. zu prüfen und zu berichten, welche Vorteile die Digitalisierung der Waffenbehörde mit sich bringt, welche Schritte und finanziellen Bedarfe hierfür notwendig sind und welche Auswirkungen sich daraus auf die Personalstruktur ergeben.

---

### Beschluss Nr. 0031

Der Antrag wird angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 29.05.2024

Mechthilde Coigné  
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, . .2024

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, . .2024

Dezernat VII  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende  
Oberbürgermeister